



CDU FRAKTION
ERLENSEE

Information

Erlensee, den 18.12.2005

Werner Beier

Haushaltrede 2006 (Teil 2) - Stellungnahme zu den Fraktionsanträgen

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren!

Wir haben, wie in den Jahren zuvor, uns sehr eingehend mit dem vorgelegten Zahlenwerk beschäftigt. Dieses ist geprägt von den Beschlüssen, die wir bereits vor einigen Wochen mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept auf den Weg gebracht haben. Die CDU ist felsenfest davon überzeugt, dass sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt, der Gemeindevorstand uns nur die Zahlen präsentierte, die gerade in den Bereichen von Anschaffungen und Investitionen sich auf das dringend Benötigte beschränken.

Da wir auch weiterhin die Konsolidierung mittragen werden, ist es kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass wir wie die SPD-Fraktion erstmals in diesem Jahr auch keine Anträge vorgelegt hätten. Dass es dann doch 3 waren, möchte ich ihnen kurz erläutern.

Sie wissen, dass wir bereits im Oktober einen Antrag zur Renovierung der – eigentlich fälschlich so genannten – „Küche“ in der Wasserburg eingebracht hatten. Damals haben wir diesen zurückgezogen, wie auch die SPD ihren Änderungsantrag hierzu. Da es sich hier um eine Maßnahme handelt, die in den Haushalt für 2006 aufzunehmen ist, haben wir diesen nun erneut als Antrag Nr. 1 gestellt. Sollten Sie, meine Damen und Herren, diesem zustimmen, dann werden die Anforderungen des Amtes für Veterinärwesen und Verbraucherschutz erfüllt.

Prinzip ist und bleibt es bei der CDU, dass wir kostenträchtige Haushaltsanträge nur stellen, wenn wir auch eine entsprechende Deckung vorweisen können. Daher unser zweiter Antrag.

Damit erschöpfen sich aber auch schon nach unserer Auffassungen die Möglichkeiten, in dem gesamten Zahlenwerk noch Veränderungen vornehmen zu können.

Unser dritter Antrag dient lediglich dazu, im Investitionsprogramm für das Jahr 2008 für die Feuerwehr die Anschaffung eines benötigten Einsatzleitwagens (ELW 1) den entsprechenden Betrag einzustellen. Wir berufen uns hier auf den mit großer Mehrheit hier im Haus in der

Sitzung am 27.5.2004 verabschiedeten „Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz der Gemeinde Erlensee“.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zur Stellungnahme zu den Anträgen der anderen Fraktionen.

Beginnen möchte ich mit den Anträgen der UBE. Wenn man den ersten Antrag betrachtet, dann muss festgestellt werden, dass man bei der UBE sich an eigene Anträge und Forderungen in der Vergangenheit nicht mehr so genau erinnert, bzw. dass man jetzt andere Prioritäten setzt.

Zum Antrag 1 der UBE.

Wir hatten es bereits in der HFA-Sitzung angesprochen und entsprechend reagiert. Ihr Antrag ist nur dann rund, wenn der vor einigen Jahren von der UBE gestellte Antrag des „kw-Vermerk“ (künftig wegfallend) für eine Stelle der Hilfspolizei wieder aufgehoben wird. Die Intention war damals Personalkosten zu sparen. Jetzt sollen die derzeit noch 2 Kräfte, wenn es so bleiben sollte, nur noch eine Kraft, auch Geschwindigkeitsmessungen in mindestens einer anderen Gemeinde vornehmen. Sicherlich beruft man sich auf erhaltene Informationen aus der Verwaltung, dass in dieser Richtung schon Überlegungen anstehen. Wie allerdings beim Wegfall einer Kraft dies dann geschehen soll, darüber hat man sich bei der UBE wohl keine Gedanken gemacht. Da vom Ansatz her die Idee vertretbar ist, alleine schon deshalb, weil es in dieser Richtung schon erste Aktivitäten gibt, haben wir in der HFA-Sitzung ergänzend zum UBE-Antrag die Aufhebung des „kw-Vermerkes“ beantragt. Nur so können wir zustimmen.

Mit ihrem zweiten Antrag will die UBE dann aber die Geschwindigkeitsmessungen nicht mehr von der Hilfspolizei vornehmen lassen, sondern damit ein externes Unternehmen beauftragen. Dabei hat man anscheinend den Aussagen des Ordnungsamtes und des Bürgermeisters nicht geglaubt, dass dies nicht gesetzeskonform ist. Die CDU lehnt diesen Antrag deshalb ab.

Antrag 3 von der UBE lehnen wir aus mehreren Gründen ab.

Nicht nur dass dies kein Haushaltsantrag ist, denn wo werden welche Mittel benötigt, sondern auch aus Erfahrungsberichten, dass eine Zusammenlegung von Feuerwehren, die von der Politik bestimmt wird, immer in die Hose gegangen ist. Es gibt hier in Hessen dafür mehrere Beispiele. Die Zusammenführung von Ortsteilwehren muss von den freiwilligen Feuerwehrleuten und aus den Wehren kommen. Alles andere würde dem Wohl der Bevölkerung schaden, da es erfahrungsgemäß bis zu 50 % Austritte aus dem aktiven Dienst kommen wird.

Außerdem wo will die Gemeinde die hierfür benötigten Mittel zwischen 5 bis 7 Mio € aufbringen?

Antrag Nr. 4 ist nach unserer Einschätzung schwer umsetzen.

In Rodenbach ist dies mit ehrenamtlichen Kräften nicht zustande gekommen. Aber Erlensee ist nicht Rodenbach. Deshalb, obwohl hier auch keine Zahlen bereitgestellt werden, damit dies im Haushalt abgebildet werden soll, wird die CDU-Fraktion diesen Antrag NICHT ablehnen.

Schon die Formulierung des Antrages 5 würde bedeuten, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hallenbad für 3 Monate im Sommer nach dem Abbau von Überstunden in Zwangsurlaub schicken müssten. Eine Änderung bestehender Arbeitsverträge in der von der UBE geforderten Form ist vollkommen unrealistisch. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen ebenso den Antrag 6, der die verschiedenen Änderungen im Hallenbad nach sich ziehen würde, die nach unserer Einschätzung nicht schlüssig sind.

Beim Antrag 7 glauben wir dem Gemeindevorstand, dass es sich hier um unbedingte Ersatzbeschaffungen handelt und lehnen ihren Antrag ab.

Antrag 8 und 9 lehnen wir, wie bereits im HFA, ab, nachdem die Verwaltung die verschiedenen Erläuterungen zu den Anträgen abgegeben haben.

Es gab die UBE noch nicht, und ich war auch noch nicht im Parlament, als hier im Haus schon über Möglichkeiten einer neuen Straßenverbindung zwischen beiden Ortsteilen im östlichen Bereich diskutiert wurden. Schon damals wie auch heute lehnt die CDU voreilige Beschlüsse ab, die nur viel Geld kosten und nichts bringen. Richtig ist es, in dieser Sache erst dann aktiv zu werden, wenn unser neues Gewerbegebiet steht und die Umgehungsstraße um Langendiebach endlich verwirklicht wurden ist. Erst danach macht es Sinn, über eine neue Ortsteilverbindung nachzudenken.

Wir glauben den Aussagen des Bürgermeisters und Hr. Schneider vom Bauamt, die im HFA klargestellt, dass dieser Antrag Nummer 10 von der UBE das Geld nutzlos ausgegeben werden würde.

Zum Antrag 11 möchte ich hier, wie bereits im HFA, ihnen von der UBE sagen, dass die Gemeinde auch eine soziale Verantwortung hat. Externe Dienstleister sind im ersten Durchgang günstiger als eigene Kräfte, aber sind wir trotz der sehr angespannten Haushaltslage in unserer Gemeinde nicht auch für die Gemeindemitarbeiter verantwortlich? Sie wollen hier dafür sorgen, dass mittel- bis langfristig Arbeitsplätze vernichtet werden. Diese Einsparungen sind nach meiner Meinung, im Gegensatz zur sozialen Verantwortung, sehr marginal.

Deshalb werden wir hier diesem Antrag nicht zustimmen.

Ich komme zu den Anträgen der Bündnis90/Die Grünen.

Etwas positives kann ich ihren ganzen Anträgen irgendwie abgewinnen. Sie sind im ersten Augenblick alle schlüssig, aber dann im zweiten Hinschauen völlig unrealistisch.

Sie wollen, wie im letzten Jahr, die Erlenhalle und das Schwimmbad, formulieren wir es mal sehr wohlwollend, einem neuen Verwendungszweck zuführen.

Im Klartext, Abbruch der Gebäude und Vermarktung der Grundstücke.

Obwohl sie auch zur der Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ eingeladen worden sind, und ich glaube auch dabei waren, haben sie da, so glaube ich, was mit ihren Anträgen falsch verstanden.

Ihre Anträge zeigen eindeutig, dass man an einer Reduzierung der Fehlbeträge im Verwaltungshaushalt keinerlei Interesse zeigt. Ganz im Gegenteil, wollen sie, die Bündnis90/die Grünen, mit ihren Anträgen sogar noch über 300.000 € mehr ausgeben.

Zwei Dinge dazu: Zunächst auch noch für den vielleicht erstaunten Zuhörer. Während die Grünen vehement, eine Bebauung entlang des Sandweges am Rand des „Erlenwäldchens“ ablehnen, fordern sie die Bebauung am Rande des gleichen Gebietes an der Stelle, wo Hallenbad und Erlenhalle stehen. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger entsprechend informieren und dazu auffordern: Wer für den Abriss des Hallenbades und der Erlenhalle ist, bei anschließender Bebauung der Waldrandlage, der möge am 26. März 2006 die Grünen wählen. Wir sind sicher, dass wir dann einige Kollegen von der Fraktion Bündnis90/die Grünen weniger hier im Parlament haben.

Der zweite Punkt, warum man bei den Grünen unbedachte Forderungen stellt ist der, dass sie nicht mit einem Wort auf die Kosten eingehen, die beim Abriss der Einrichtungen anfallen. Vielleicht war auch niemand von ihnen dabei, als in einer Sitzung der Arbeitsgruppe „Hallenbad“ am 30. September 2004 uns die Kosten bei einem Abriss alleine des Hallenbades vorgerechnet wurden. Auch diese sollten eventuelle Grünen-Wähler kennen. Der Abriss alleine verschlingt 600.000 €, an Abfindungen für das dann zu entlassende Personal fallen rund 260.000 € an und der weiterlaufende Kapitalsdienst schlägt in einem Jahr mit 80.000 € zu Buche. Also alles in allem sind dies locker 940.000 € alleine für das Hallenbad, die die Gemeinde aufbringen müsste. Hinzu käme in einer Größenordnung von rund 700.000 € auch noch der Abriss der Erlenhalle.

Um es hier nochmals zu sagen, alleine der Kapitalsdienst würde die Gemeinde rund 180.000 € pro Jahr kosten, ohne dass es noch einen Gegenwert gibt.

Wenn die Grünen dann konsequent wären, müssten sie anschließend gegen eine Randbebauung am „Erlenwäldchen“ sein, wie jetzt am Sandweg.

Die restlichen Anträge möchte ich nicht kommentieren. Sie sind durchweg nicht finanzierbar oder wie der Antrag 10 (stationäre Geschwindigkeitsüberwachung in der Bruchköbeler Straße) nicht realisierbar.

Zustimmen wird die CDU selbstverständlich der Vorlage der Verwaltung. Es ist schon erfreulich, dass der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer sich um 132.200 € erhöht. Damit wird auch die Unterdeckung im Verwaltungshaushalt auf unter 1. Mio. € gedrückt. Endlich etwas Erfreuliches.

Wir stimmen auch der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen zu. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, die wir zum Wohle unserer Gemeinde und damit den Bürgerinnen und Bürgern tragen.

Zum Abschluss meines Redebeitrages möchte ich auf das Abstimmungsverhalten im HFA eingehen.

Dass der Kollege der Grünen gegen den Verwaltungshaushalt, Vermögenshaushalt, Stellenplan und Haushaltssatzung war, ist verständlich, da keiner seiner Anträge zur Annahme empfohlen worden ist.

Dass er auch gegen das Investitionsprogramm war ist für mich unverständlich, da somit die Partei Bündnis90/Die Grünen gegen jede Weiterentwicklung der Gemeinde Erlensee ist. Damit sind sie auch gegen das Gewerbegebiet, Rückbau der B40, und weitere Investitionen und Beschaffungen, wie z. B. den unbedingt notwendigen ELW der Feuerwehr, die über mehrere Jahre gehen müssen. Es scheint so, dass hier wohl die Politik über bzw. gegen die Wünsche der Bevölkerung gestellt wird.

Mit dem Abstimmungsverhalten der UBE im HFA habe ich noch weniger Verständnis.

Sie, meine Damen und Herren von der UBE, stimmen großen Veränderungen in der Gemeinde zu, wie zum Beispiel den Rückbau der B40, Renovierung vom Schlösschen und den Regenwasserüberläufen, die immerhin einen Investitionsumfang von mehr als 8 Mio. Euro umfassen.

Dann aber, wenn es um Verantwortung geht, ziehen sie sich , so scheint es mir , gerne aus der Verantwortung, denn sie enthielten sich der Stimme bei der Verabschiedung des Haushaltes im HFA. Ich persönlich bin gespannt wie sie hier im Parlament abstimmen.

Meine Damen und Herren,

ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Werner Beier